

Die Sicherheit bei der Reichsbahn

Eine Verfügung des Generaldirektors

Der Generaldirektor der Reichsbahn hat an alle ihm untergeordneten Dienststellen eine Verfügung erlassen, durch die eine Erhöhung der Sicherheit im Eisenbahnverkehr herbeigeführt werden soll. In der Verfügung heißt es:

Der Streifendienst ist überall so zu verstärken, daß alle Strecken des Netzes mindestens einmal bei Nacht vom Streifendienst, nachmittags mit Polizeiband, bespannt werden können. Die Streifenkräfte müssen bei diesen Streifenmärschen auch eine Signalfarbe, elektrische Taschenlampe und Knallpapiere bei sich haben, um bei Gefahr Hilfe anrufen zu können. Ebenso müssen die Streifenkräfte mit der Bedienung der Streckenfernsprecher und ihrer Betriebsanlage bekannt gemacht werden. Die bisherige intensive Arbeit des Streifendienstes soll jetzt auch nach außen in Erscheinung treten. Neben den Streifenkräften, deren Tätigkeit zur Verhinderung von Verbrechen oder Diebstählen das Vertrauen von Zivilisten erfordert, müssen sich Streifenbeamte in besonderer Schutzbekleidung zeigen, um Lichtscheue Elemente abzuwehren und den Reisenden das Gefühl der Sicherheit zu geben. Die weiße Armbinde mit dem Aufsatz 'Bahnpolizei' soll die Streifenkräfte außerdem kenntlich machen. Wo die Vorbedingungen zur raschen Verfolgung des Verbrechens (Kradräder, Motorräder mit Seitenwagen) noch fehlen, ist für Abhilfe zu sorgen. Mit der ärztlichen Ausbildung der Streifenbeamten in der ersten Hilfeleistung ist fortzufahren. Letztere Probestatuten sind geeignet, für den Ernstfall gute Vorarbeit zu leisten. Es wird erwartet, daß die Streifenkräfte durch tatvolles Auftreten mit dazu beitragen, daß ihr Dienst auch als Dienst an der Allgemeinheit anerkannt wird.

Die Verfügung ist das letzte Glied in der Kette, die die Sicherheit der Reichsbahn bisher viel zu wünschen übrig ließ. Es ist nur traurig, daß diese Erkenntnis erst nach endlosen Unfällen mit zahlreichen Verletzungen möglich wurde.

Stützen der Reaktion

Vor dem nordthüringischen Gericht Ebeleben hatte sich dieser Tage ein politisch rechtsstehender Lehrer Schmidt wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. Der geständige Angeklagte erhielt drei Jahre Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechen an seinen Schülern. Aus der Urteilsbegründung ist für die Leserschaft interessant, daß nach Feststellung des Gerichts der Angeklagte nicht nur schändliche Verbrechen seiner vorgesetzten Behörde getätigt und seine Familie in hohem Maße unglücklich gestürzt hat, sondern auch die Feststellung, daß er das ganze Vaterland getätigt habe, indem er sich an die Spitze der vaterländischen Bewegung seines Ortes stellte.

Die interessierende Tatsache würde der Fall nicht interessieren, wenn nicht aus sicher unvoreingenommenem Munde eine schwere moralische Beurteilung der nationalistischen Bewegung in Nordthüringen erfolgt wäre. Aber man muß, um das Urteil ganz würdigen zu können, wissen, daß sich zunächst zahlreiche höhere Beamte mit dem Verbrecher intimitisiert hatten, als sie förmliche Bewunderer der Eltern kurzweilig damit abtaten, daß sie erklärten, die Verbrechen hätten alle einen politischen Hintergrund. So vertrat der in Frage kommende Kreisrichter diesen Standpunkt bis in die letzte Zeit. Erst die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft hat dem Sittlichkeitsverbrecher ein Ende bereitet.

Konflikt in Polen

Vor Auflösung des Sejms

O. Warschau, 23. September. (Eig. Draht.) Am Donnerstag begannen die Beratungen der Budgetkommission unter dem Zeichen der heftigsten Opposition der Rechtsparteien gegen die Regierungsvorlage. In ihrer dritten Sitzung wurde die in der zweiten Sitzung vorgeschlagene Verabschiedung der Gesamtschulden auf 450 Millionen Zloty aufrechterhalten und die Steuererhöhung um über 12 Millionen Zloty vermindert. Der Antrag des Sozialisten Moraczewski auf Heraushebung der Beamtengehälter um 10 Prozent wurde abgelehnt. In der folgenden Sitzung des Sejms wandten sich die Rechten gegen das Regierungsbudget und beharrten auf der Heraushebung der Ausgaben. Die Regierung will keinerlei Konzessionen dulden, sondern es auf den Konflikt ankommen lassen.

O. Warschau, 24. September. (Eig. Funkdruck.) Der Ministerrat beschloß, auf der Bewilligung des Budgets in seiner vorgelegten Form zu bestehen, da keine Sparmaßnahmen vorgenommen werden könnten. Billigkeit hat sich mit der Regierung solidarisch erklärt. Falls die Rechte nicht umfickt, wird daher angenommen, daß der Staatspräsident den Sejm durch ein Dekret auflöst, wozu er durch die „Kokoschaki“, die ihm nach Billigkeit Staatsdiktator erteilt wurden, befugt ist.

Konzessionen der Bergarbeiter

Verhandlungsangebot mit Lohnminderung

S. London, 23. September. (Eig. Draht.)

Die Exekutive des Bergarbeiterverbandes behauptet, daß die Vertreter des Verbandes am Mittwoch tatsächlich der Regierung neue Vorschläge für die Lösung des Konflikts im Bergbau unterbreitet haben. Nach einer von Cook gemachten Mitteilung gehen die von der Exekutive unterbreiteten Vorschläge dahin: 1. daß sich die Exekutive des Bergarbeiterverbandes bereit erklärt, ihren Mitgliedern eine Wiederaufnahme der Arbeit auf der Basis des Lohnabkommens von 1921 zu empfehlen, was einer Zustimmung zu einer Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent gleichkommt; 2. auszusprechen, daß ein unabhängiges Schlichtungsgericht eingesetzt werden soll, welches auf der Basis der Vorschläge der Kommission ein nationales Lohnabkommen vorbereitet. Da der Kohlenbericht sich gegen eine Verlängerung der Arbeitslosigkeit wendet, liegt das neue Moment der Verschärfung in der Zustimmung zu einer Lohnherabsetzung in einer Höhe von 10 Prozent und in der Zustimmung dazu, daß nationale Lohnabkommen von einem unabhängigen Schlichtungsgericht, allerdings auf der Basis des Kohlenberichts, festgesetzt wird.

Trotz dieser weitgehenden Konzession ist, wie aus einer halbamtlichen Regierungserklärung hervorgeht, Baldwin von diesen Vorschlägen noch nicht überzeugt. Er sieht erst dann die Möglichkeit einer Beilegung des Konflikts, wenn die Bergarbeiterführer auch in der Arbeitslosigkeit Kompromißfähigkeit zeigen. Diese halbamtliche Äußerung ist so zu verstehen, daß der Ministerpräsident lediglich unter der Voraussetzung des Nachweises der Bergarbeiter in der Arbeitslosigkeit bereit zu sein scheint, den Unternehmern gegenüber das Prinzip des nationalen (nicht begünstigten) Lohnabkommens durchzusetzen.

Die für Donnerstag erwarteten neuen Verhandlungen zwischen Regierung und Bergarbeitern haben nicht stattgefunden.

Sächsische Galerie

II.



Prof. Dr. Rastner (Democrat). Mandate werden jederzeit angenommen. Postkarte genügt. Partei gleichgültig.

Baldwin hatte lediglich eine Besprechung mit dem Kohlenkomitee des Ministerrats. Am Freitag soll eine Vollversammlung des Ministerrats stattfinden. In den Kreisen der verhandelnden Bergarbeiter herrscht die Auffassung, daß der Ministerpräsident die Verhandlungsbereitschaft der Bergarbeiter als ein vorzügliches Zeichen der Schwäche deute und deshalb versucht, noch weitere Konzessionen zu erlangen.

Spanien vor der Krise

P. Paris, 23. September. (Eig. Draht.) Der spanische Diktator erklärte in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten, daß der jetzige Finanzminister Calvo Sotelo zum Präsidenten der verfassunggebenden spanischen Nationalversammlung ernannt werden würde. Die „Nationalversammlung“, wie sie Primo wünscht, hat politisch nichts zu bedeuten. Sie wäre noch keine Volkvertretung. Gleichzeitig kam Primo de Rivera dabei auf seine frühere Behauptung zurück, daß er mindestens noch drei Jahre am Ruder bleiben müsse. Er bestätigte, die rechtsstehende Partei, aus guter Quelle in Spanien erfahren zu haben, daß in acht bis zehn Tagen eine völlige politische Umwälzung in Spanien zu erwarten sei. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, durch das neun Artillerie-Generale wegen Teilnahme an der Revolution in den Ruhestand versetzt werden.

Der Schwindel mit der „Nationalversammlung“

P. Paris, 24. September. (Eig. Funk.) General Primo de Rivera hat am Donnerstag erklärt, die spanische „Nationalversammlung“ werde Anfang November zusammentreten. Diese „Nationalversammlung“ will Primo aus gewissen Interessen erziehen. Wie die Pariser Wälder aber aus Spanien berichten, hatte der König hinter dem Rücken des Diktators verschiedene Besprechungen. So namentlich mit dem früheren Ministerpräsidenten Guerra, der ihm mit größtem Eifer die inner- und außenpolitische Lage des

Schwarzweißrote Sowjetfront

Schändlicher Arbeiterverrat

Wohl haben die kommunistischen Propaganda wiederholt schon in einer Front mit den Sozialdemokraten und Sozialisten gegen die Schwarzweißroten gefaselt, aber allen bisherigen Arbeiterverratereien setzen die Kommunisten in Leipzig in der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch die Krone auf. Nachdem der Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Lieberach sich wie ein Tölpel gegen die Sozialdemokraten gewandt und in seinem Delirium den Genossen frecht einen notorischen Wumpen genannt hatte, stimmten die Kommunisten für Aushebung der Hundesteuer. Sie gaben damit zu verstehen, daß sie mit ihrer kommunistischen Politik in den letzten Monaten ganz auf den Hund gekommen sind. In einer Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1924 verlangte derselbe Lieberach, daß die Hundsteuer um 100 Prozent erhöht werden müsse. Als er von seinem Genossen auf seine damalige Einstellung aufmerksam gemacht wurde, schimpfte der kommunistische Hauptling wie ein Besessener.

Jedoch den schändlichsten Arbeiterverrat begingen die Kommunisten, als sie beantragten, weder zur Grund- noch zur Gewerbesteuer kommunale Zuschläge zu erheben. Sie hatten schon früher den Hausbesitzern mit dem Verzicht auf die Schleusensteuer 1726 000 M., den Brauereibesitzern mit dem Verzicht auf die Getränkesteuer 1100 000 M. geschenkt. Dazu wird die neue Grundsteuer 400 000 M., die Einkommen- und Körperschaftsteuer 1 500 000 M., die Mietsteuer 1 300 000 M., Mindererträge 1 500 000 M. zu erwarten sind und Nachbewilligungen zum Haushaltplan 1 370 000 M. (darunter 800 000 M. für dringend nötige Schulzwecke) erforderlich. Infolge dieser Geschenke der Kommunisten an die Unternehmer und der Mehrausgaben wird jetzt schon der Haushaltplan um rund 9 Millionen überschritten. Das Völkergut sucht in seiner rücksichtslosen Profitgier zu verheuern, daß die kommunalen Grund- und Gewerbesteuerzuschläge auf 150 Prozent festgesetzt wurden, obgleich den Betroffenen dabei gegenüber dem bisherigen Zustand noch 650 000 M. Ermäßigung in den Schatz geflossen wären. Es war aber bereit, 100 Prozent Zuschlag zu bewilligen, wobei es durch die ausfallenden 50 Prozent einen Gewinn von 2 Millionen erzielt hätte. Das war den Kommunisten nicht genug. Sie beantragten, überhaupt keine

Landes auszuhandeln. Er habe dem König erklärt, daß die Einberufung der von dem Diktator geplanten „Nationalversammlung“ eine Verletzung der Verfassung sei. Der König habe aber auch liberale Politiker, wie den Grafen Komarowes und andre, empfangen. Die Liberalen hätten ihm unabweisbar erklärt, daß sie für den Rücktritt des Königs Propaganda machen würden, falls er das Verfassungswidrige Dekret für „Neuwahlen“ unterzeichnet. Nach der Verfassung habe Spanien ein aus geheimer Wahl hervorgegangenes Parlament, und diese Verfassung dürfe der König nicht willkürlich mit einem Federstrich ändern.

Kleine politische Nachrichten

Die Leichenhalle als Wohnung

M. Weimar, 23. September. (Eig. Draht.) In dem kleinen Ort Wallrads bei Hildburghausen in Süd-Thüringen haben die Verwaltungsbehörden einem Arbeiter mit seiner Familie, der zwangsweise aus seiner Wohnung herausgeholt worden war, die Leichenhalle des Ortes als Wohnraum zugewiesen. Das geschieht in dem Thüringen, das nicht nur Thüringen den am meisten abgebauten Wirtschaf und die am meisten abgebauten Wohnungswirtschaft hat, in dem gleichen Thüringen, in dem Hunderte von Schlössern als Verkaufsräume den ehemaligen Monarchen zur Verfügung stehen. Und das alles in einer Regierung, die sich im Gegenpaar zu einer sozialdemokratischen die Ordnungspolitik regierung nennt.

Ministerkrise in Griechenland

H. Athen, 23. September. (Eig. Draht.) Der griechische Ministerpräsident Kondylis hat dem Staatspräsidenten am Donnerstag völlig unerwartet sein Amt zur Verfügung gestellt. Seine Demission wird amtlich mit öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Kondylis und dem Führer der Benizelistischen Partei begründet. Der Ministerpräsident habe nach längerer Zeit, diese Auseinandersetzungen als beamtete Verfolgung fortgesetzt. Der Staatspräsident ersuchte Kondylis und die zurückgetretenen Minister, die Geschäfte bis zu den Neuwahlen am 24. Oktober fortzuführen.

Vormarsch auf Shanghai

S. London, 24. September. (Eig. Funkdruck.) Nach Meldungen aus Schanghai sollen die Kantontropen die Hauptstadt der Provinz Kiangsu, Kan-shang, besetzt haben und auf Schanghai vorrücken. Mehrere Unterführer von Moupeu seien an Kantontropen übergegangen. Tatsächlich wird mit einer Eroberung von Schanghai gerechnet. Für diesen Fall will England seine Flottenflotte vor Schanghai zusammenziehen.

Die große Heuchelei

Unehrliche Wahlmanoe der Leipziger Neuesten Nachrichten

Die Leipziger Neuesten Nachrichten hatten zu den Elternratswahlen geschrieben: „Für die Landtagswahlen erheben sich das Ergebnis der Elternratswahlen insofern bedeutungsvoll, als es den Weg zeigt, der den größten Teil des Volkes unter der aristokratischen, nationalen und bürgerlichen Flagge einigt. Letzten Endes sind doch diese drei Begriffe von einander untrennbar.“ Dazu bemerkt das Neue sächsische Wochenblatt unter der Überschrift: „Die große Heuchelei“:

„Man weiß natürlich nicht, was hier schlimmer ist, die Lüge oder — die Heuchelei. ... Deshalb nämlich, weil es die große Heuchelei der öffentlichen Meinung heißt, wonach auf den Lippen alle Deinen wären und im bürgerlichen Lager lauter Christen. Das aber ist nicht wahr. So einfach liegen die Dinge nicht. Es ist nicht ein offenes Geheimnis, daß die Arbeiterbewegung längst schon die bürgerlichen Schichten erreicht hat und daß hier nicht Terror oder politische oder sonstige geistige Notizen die Ursache zum Austritt sind, sondern nur das Geld! Sobald die Kirchensteuern anfangen zu steigen, war es mit dem bürgerlichen Kirchensteuern aus! Man sieht im übrigen seine Lebensgewohnheiten uneingeschränkt fort, nur an der Kirche wurde nachdrücklich gespart. Die Sonntagsschließung ist in bürgerlichen Kreisen genau so unbekannt wie in Arbeiterheimen. Bürgerliche Vereine haben darin den Reizern der anderen Seite durchaus nicht nach. Ausnahmen betreffen nur die Regel. ... Daß nicht der Leipziger Bürgerbund am ersten Pfingstfesttag 1925 früh zum Massenprotest in der Halle aufgetreten, ohne jede Rücksicht auf den hohen Feiertag? Warum zogen sich kirchliche Kreise nicht auf, wenn die nichtsozialistischen Kreise sich so unfröhlich zeigen? Ist das sächsisch, ist das christlich, oder ist das nicht Heuchelei?“

Zuschläge zu erheben, und erlebten die Genehmigung, daß mit 29 gegen 27 Stimmen ihr Antrag angenommen wurde und so die Hausbesitzer und Handel- und Gewerbetreibenden ein Riesengeschäft von 6 Millionen mit kommunalistischer Hilfe erhielten.

Während die Arbeiterschaft bei der Lohnsteuer jeden Pfennig ihres Einkommens versteuern muß, schenken die Kommunisten mit einem Schlag den Besitzenden eine Steuerleistung von nicht weniger als 6 Millionen. Aus diesem Arbeiterverrat der Kommunisten können die Wähler ersehen, wie schwer sie getäuscht worden sind. Die Arbeiterschaft wird bei den kommenden Landtags-, Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen diesen Verrätern die Lustigung ausstellen.

Kommunistischer Parteitag

D. Berlin, 24. September. (Eig. Funkdruck.) Die Zentrale der KPD beruft den 11. Parteitag der Kommunisten für die Zeit vom 27. November bis 1. Dezember nach Essen ein. Die politischen und organisatorischen Berichte des Zentralkomitees erhaltet Braun. Über Rußland berichtet Dengel, während Thälmann ein Referat über den Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr, die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD, hält.

Kommunistische Zerlegung in Böhmen

B. Prag, 23. September. (Eig. Draht.) Der Zerlegungsprozeß des Bolschewismus, der von Rußland ausgehend, sich zunächst in Deutschland ausbreitete, hat nunmehr auch die große kommunistische Partei in der Tschechoslowakei. Im Reichsberger Kreis, der Hochschule der Kommunisten im deutschen Gebiet der Tschechoslowakei, hat sich unter Führung des Reichsleiterkreises der bei der Parteipolitik feierlich eine große Masse (fast alle) eine Fraktion gebildet, die mit Einwojens sympathisiert. Diese Fraktion betreibt, wie jetzt bekannt wird, hat die opportunistische Bewegung bereits größere Ausbreitung angenommen. In ihrer Spitze steht tatsächlich der erste Theoretiker der KPD, der nicht nur die Volkswirtschaft der Tschechoslowakei Partei leitete und die rechten Elemente aus der Partei ausschloß, sondern eine Teilung auch der KPD in der KPD der Komintern für die kommunistische Partei Osterrreichs war. Da der Führer der Partei, Schmechel, derzeit je sehr weit rechts stand, vor einigen Wochen aus Rußland zurückgekehrt ist und die Frage nach fest in der Hand hat, ist es so eher anzunehmen, daß der Bolschewismus zum Ausfall der Partei Elemente führt wird.